



## Berlin — Stadt der Frauen von Eva Högl

In diesem März haben zahlreiche Veranstaltungen zum 100jährigen Internationalen Frauentag und zum EQUAL-PAY-DAY stattgefunden. Wichtigstes Ergebnis ist, dass die SPD-Bundestagsfraktion ein Entgeltgleichheitsgesetz angekündigt hat, für das sie bereits Eckpunkte vorgelegt hat. Mechthild Rawert erläutert in diesem Newsletter ausführlich das Gesetz.

Zur Vorbereitung des Landesparteitages haben wir am 23. März 2011 eine Landesfrauenkonferenz zum Thema „Berlin — Stadt der Frauen“ abgehalten. Der Fraktions- und Parteivorsitzende Michael Müller, die Bürgermeisterin und Senatorin für Stadtentwicklung Ingeborg Junge-Reyer und die Senatorin für Justiz Gisela von der Aue waren zu Gast.

Die Landesfrauenkonferenz hat den Landesparteitag aufgefordert, ein Bild der Stadt nicht nur als „soziale Stadt“, sondern zugleich als „Stadt der Frauen“ zu entwerfen. Der Politikbereich „Gleichstellung von Frauen und Männern“ soll in besonderer Weise hervorgehoben werden.

Besonders begrüße ich das Vorhaben der Berliner SPD ein „Bündnis für Gleichstellung“ mit Berliner Unternehmen abzuschließen. „Diese verpflichten sich selbst zur Förderung von Frauen in Führungspositionen, der Aufstellung verbindlicher Frauenförderpläne, der Verwirklichung des Grundsatzes der gleichen Bezahlung von Frauen und Männern für gleichwertige Arbeit sowie einer Frauenquote in Aufsichtsräten. Dabei werden sie vom Berliner Senat unterstützt.“ So heißt es im Berlin-Programm. Natürlich fordert die ASF auch eine Frauenquote in den Vorständen, das ist inzwischen geltende Beschlusslage.

Die Landesfrauenkonferenz hat ebenfalls einen Antrag verabschiedet, der die SPD-Kreise in den Gleichstellungsbericht einbeziehen will. Eine Kreis-Kommission soll konkrete Handlungsempfehlungen für eine mögliche Änderung von Strukturen und Arbeitsweise des jeweiligen SPD-Kreises geben.

Mit einbezogen werden sollte auch der Beschluss des Parteivorstands „Für ein partnerschaftliches und gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern“. Er fordert konkrete Frauenförderpläne für Abteilungen, Kreise und Landesverbände. Außerdem kündigt er Sanktionen bei der Nichteinhaltung der Quote an.

Wir als ASF-Berlin werden diesen Prozess gern aktiv begleiten. Sowohl das „Bündnis für Gleichstellung“ als auch die „Frauenförderpläne für die Partei“ brauchen die konkrete Unterfütterung durch die ASF.

Der Aufforderung Michael Müllers, aktiv für die SPD Wahlkampf zu machen, kommen wir gern nach.

Nur, wenn die SPD stärkste Partei bleibt und nur wenn Klaus Wowereit Regierender Bürgermeister von Berlin bleibt, wird es weiterhin eine gute und moderne Frauenpolitik geben.

Der Landesvorstand der ASF trifft sich wieder am 27. April 2011, 19.30 Uhr im Abgeordnetenhaus. Ihr seid herzlich willkommen.

Der ASF-Landesvorstand Berlin trifft sich an jedem vierten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Berliner Abgeordnetenhaus. Gäste und Interessierte sind immer gerne gesehen und sehr willkommen.

**Kommentare bitte an:**  
[asf.spd.berlin@googlemail.com](mailto:asf.spd.berlin@googlemail.com)

## Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen gesetzlich verankern!

von Mechthild Rawert



Obwohl Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen geltendes Recht ist, verdienen Frauen fast 23 Prozent weniger. Die SPD-Bundestagsfraktion hat nun einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht: [„Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen gesetzlich durchsetzen“](#).

Wesentlich daran beteiligt waren Prof. Dr. Heide Pfarr und Dr. Karin Tondorf. Beiden ist es zu verdanken, dass die SPD-Bundestagsfraktion noch vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf zur Entgeltgleichheit vorlegen kann.

Das Entgeltgleichheitsgesetz wird für Unternehmen der Privatwirtschaft, den öffentlichen Dienst und für die Tarifparteien gelten. Die hier Verantwortlichen sind aufgefordert, selbst für Diskriminierungsfreiheit zu sorgen. Das Neuartige liegt dabei im Verfahren.

Als erstes wird Transparenz hergestellt: Die Arbeitgeber sind verpflichtet, anhand festgeschriebener Kriterien des Instrumentariums eg-check.de, betriebliche Entgeltberichte zu erstellen. Diese werden in anonymisierter, geschlechtsspezifisch differenzierter Form an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) geschickt.

Zweitens erfolgt eine cursorische Prüfung durch die ADS. Das Ergebnis wird dem Arbeitgeber mitgeteilt, der es betriebsintern veröffentlichen muss. Ergeben sich Verdachtsmomente auf Entgeltungleichheit, kommt es zu einer detaillierten Prüfung, die u.a. auch von den Betriebs-/Personalräten vorgenommen werden kann.

Drittens: In einer gesetzlich vorgegebenen Frist muss die festgestellte Entgeltungleichheit beseitigt werden. Hierzu wird eine Einigungsstelle für Entgeltgleichheit gebildet und eine sachkundige Person als Sachverständige hinzugezogen. Der Spruch der Einigungsstelle wird der ADS mitgeteilt, die erneut cursorisch prüft.

Weigert sich der Arbeitgeber oder bleibt untätig, kann er gerichtlich dazu gezwungen werden. U.a. um Ansprüche auf Nachzahlung entgeltgleichheitswidrig vor enthaltenen Gehaltes durchsetzen zu können, werden ein Verbandsklagerecht für die entsprechenden Antidiskriminierungsverbände eingeführt und die Rechte der Beschäftigten gestärkt.

Selbst Tarifverträge enthalten häufig diskriminierende Regelungen. Die Tarifvertragsparteien sind daher zu einem tariflichen Entgeltbericht verpflichtet, der sowohl an die ADS als auch an das Tarifregister weitergeleitet werden muss. Damit ist er öffentlich zugänglich. Auch hier gelten gesetzliche Fristen zur Gestaltung diskriminierungsfreier Tarifverträge.

Nach dem Willen der SPD-Bundestagsfraktion soll das Gesetz über die Entgeltgleichheit für die gesamte Privatwirtschaft ab einer bestimmten Beschäftigtenanzahl, den öffentlichen Dienst und für Tarifvertragsparteien, die Branchen- oder Firmentarifverträge abschließen, gelten. Die [Eckpunkte zum Entgeltgleichheitsgesetz](#) liegen inzwischen vor.

Das Entgeltgleichheitsgesetz wird eine hohe Dynamik entwickeln und im hochbrisanten Bereich der Entgelt-differenzierung zu mehr Leistungs- und Lohn-/ Gehaltsgerechtigkeit führen. Sichtbarer gemacht wird die Unterbewertung der „Frauenarbeit“. Die für den solidarischen Zusammenhalt unserer Gesellschaft so bedeutsamen „Frauenberufe“ erfahren endlich, was ihnen zusteht: mehr Wertschätzung und mehr Geld. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesem Gesetz viele Frauen bei einer eigenständigen Existenzsicherung unterstützen.

Ein weiterer wichtiger Eckpunkt zu mehr Entgeltgleichheit ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Hierzu hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits einen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht.

## Erste Oberbürgermeisterin von Berlin: Louise Schroeder (1887 – 1957)

von Gisela Notz



Louise Schroeder (SPD) war vom 8. Mai 1947 bis Dezember 1948 die erste Oberbürgermeisterin von Berlin. Die SPD wollte nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Wahl einer Frau dokumentieren, dass sie Gleichberechtigung und Frauenfragen ernst nimmt. Louise Schroeder bekam auch die Stimmen von SED und CDU, nicht jedoch die von den Freien Demokraten (LDPD), die jedoch nur 10 Prozent der Stimmen ausmachten. Sie stellte sich der Herausforderung, indem sie sagte: „Und ich probiere es auch!“ Die Zeit als Oberbürgermeisterin bildete den Höhepunkt ihrer politischen Karriere.

### Wer war Louise Schroeder?

Sie wurde am 2. April 1887 in eine kinderreiche, arme, sozialistische Arbeiterfamilie in Altona (später Hamburg-Altona) hineingeboren. Ihr sozialpolitisches Engagement führte sie darauf zurück, dass sie früh Not, Sorgen und soziale Probleme kennen gelernt hatte, weil sie der Mutter, die aus einer Bauernfamilie stammte, im Gemüsekeiler beim Verkaufen half. Mit dem Vater, einem Bauhilfsarbeiter, Gewerkschafter und SPD-Funktionär, ging sie zu politischen Versammlungen und Parteifesten und wurde früh in die Arbeiterbewegung eingeführt. Nach dem Besuch der Mädchen-Mittelschule arbeitete sie als Stenotypistin bei einer Versicherungsgesellschaft und bildete sich in Abendkursen weiter. 1910 trat sie der SPD bei, engagierte sich in der Frauengruppe und wurde in den Vorstand des Ortsvereins Altona-Ottensen gewählt. Bereits vor Beginn des Ersten Weltkrieges war sie als überzeugende Rednerin und bekennende Pazifistin weit über Altona hinaus bekannt. Die Kriegsbegeisterung vieler SPD-Kreise mochte sie nicht verstehen. 1919 wurde sie Mitglied der Verfassungsgebenden Nationalversammlung und saß von 1920 bis zum Verbot der SPD 1933 als Abgeordnete im Deutschen Reichstag. Dort arbeitete sie wesentlich an der Sozialgesetzgebung mit, vor allem an Gesetzen zum Schutz der arbeitenden Frauen. Außerdem trat sie für die Gleichbehandlung lediger Mütter und unehelicher Kinder sowie für die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben und in Ehe und Familie ein. Hauptberuflich war sie Leiterin des Altonaer

Pflegeamtes. Gemeinsam mit Marie Juchacz gründete sie 1919 die Arbeiterwohlfahrt und wurde 1925 Mitbegründerin und Dozentin der Wohlfahrtsschule der AWO in Berlin. Lange vor der Machtergreifung Hitlers warnte sie vor den Gefahren, die von seinem Regime ausgehen könnten und forderte 1933 ihre Genossen auf, Hitlers Ermächtigungsgesetz abzulehnen. Nach der Machtübernahme verlor sie alle Ämter, wurde erwerbslos und durch die Gestapo überwacht. Sie war des Hochverrats verdächtig, weil sie es verweigert hatte, einen Ariernachweis zu erbringen, da sie das als menschenunwürdige Diskriminierung ihrer jüdischen MitbürgerInnen betrachtete. Mit einem kleinen Brotladen, der zugleich als Treffpunkt für GesinnungsgenossInnen diente, hielt sie sich eine Zeit lang über Wasser. Nach dem Zweiten Weltkrieg baute sie SPD und AWO mit auf und wurde Bürgermeisterin für Soziales in Berlin. 1947 wurde sie als erste Frau Oberbürgermeisterin und gewann als „Mutter Berlins“ die Herzen ihrer MitbürgerInnen, vor allem wegen ihrer Vermittlerrolle zwischen den Alliierten während der Berliner Blockade. Zwischen 1949 und 1957 gehörte sie als Berliner Abgeordnete dem Deutschen Bundestag an. Dort galt ihr Engagement der Verbesserung der Sozialpolitik, der Sorge um die Flüchtlinge und der Hilfe für Berlin. Als sie 1957 in Berlin starb, wehten dort die Fahnen auf Halbmast.



Louise Schroeder  
Photo: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn.

### Zum Weiterlesen:

Notz, Gisela: Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49–1957, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 2003, S.460–482.  
Notz, Gisela: Louise Schroeder (1887 – 1957): Streiterin für ein „Heldentum des Friedens,“ in: Kalender Wegbereiterinnen II 2004, der fortgesetzt wird.  
Notz, Gisela: Wer war Louise Schroeder, in: Sozialmagazin 30 (2005), H. 10, S. 6–7.

## Frauen auf dem Sprung – neue Perspektiven im demografischen Wandel

*Prof. Jutta Allmendinger erhält Berliner Frauenpreis 2011*



Am 7. März 2011 ist der diesjährige Berliner Frauenpreis an Prof. Jutta Allmendinger verliehen worden.

Die Bildungssoziologin und Arbeitsmarktforscherin Prof. Jutta Allmendinger erhält den Frauenpreis 2011 für ihren langjährigen professionellen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Einsatz für die Förderung von Gleichstellung von Frauen und Männern in der

Bildung und auf dem Arbeitsmarkt. Prof. Jutta Allmen-

dingen ist durch die 2008 von ihr durchgeführte sogenannte Brigitte-Studie „Frauen auf dem Sprung“ einem größeren Publikum bekannt geworden — einer Untersuchung zu den Zukunftswünschen junger Frauen. Mit ihrem leidenschaftlichen Einsatz für ein Umdenken in der Bildungspolitik und für die Vereinbarung von familiären mit beruflichen Aufgaben angesichts der demografischen Veränderungen leistet sie einen eindrucksvollen Beitrag für die Chancengleichheit von Frauen und Männern.

## Monika Thiemen (SPD) erhält 2011 den Preis „Frauenfreundliches Wilmersdorf“



Zahlreiche prominente Gäste aus Politik und Zivilgesellschaft waren der Einladung der örtlichen Abteilung 98 zur Preisverleihung ins Rathaus Wilmersdorf gefolgt. Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin hielt die Laudatio auf die bekannte Berliner Bürgermeisterin, die zugleich auch für den Frauenbereich in Wilmersdorf verantwortlich zeichnet.

„Auch wenn sich die Frauen hierzulande viel erkämpft haben: Von 'EQUAL PAY' kann keine Rede sein.“ Und weiter: „Gerade für die Wirtschaft gilt: Theoretisch haben die Frauen Aufstiegschancen – praktisch nicht.“ Hier müsse noch viel passieren, um von einer wirklichen Gleichberechtigung reden zu können.

„Zeitlos, pffiffig, wetterfest und den Blick in die Zukunft gerichtet“ sei die Preisfigur. Eigenschaften, die auch auf Monika Thiemen zuträfen, so die Initiatorin des Preises, Gerhild Pinkvoß-Müller. Anlässlich des 100. Weltfrauentages kündigte sie an, dass der Preis nun alle zwei Jahre an Menschen vergeben werden soll, die sich für eine bessere Durchsetzung der Frauenrechte verdient gemacht haben.

Bürgermeisterin Monika Thiemen freute sich sichtlich über den Preis. Das sei die erste Auszeichnung, die ihr bisher verliehen worden sei. Zugleich forderte sie die Frauen in Anspielung auf den Preis an, sich weiter vehement für die Rechte der Frauen einzusetzen: „Zieht Euch warm an und legt los!“

## Das biologische Geschlecht als „Risikofaktor“?

Bisher war es Versicherungen möglich, je nach Geschlecht unterschiedliche Versicherungsprämien und –leistungen einzuräumen, „sofern das Geschlecht ein bestimmender Risikofaktor ist und dies durch relevante und genaue versicherungsmathematische und statistische Daten untermauert“ werden könne.

Wie die Generalanwältin Juliane Kokott bereits im September 2010 deutlich machte, seien für die Bewertung von Versicherungsrisiken zahlreiche Faktoren jenseits des Geschlechts wie das familiäre Umfeld, das individuelle Freizeit- und Konsumverhalten, die jeweilige Berufstätigkeit etc. von Bedeutung. Sie hob auch hervor, dass das Geschlecht ein Merkmal sei, welches „untrennbar mit der Person des Versicherten verbunden sei und auf das dieser keinen Einfluss ha-

be. Anders als etwa das Alter, sei das Geschlecht einer Person auch keinen natürlichen Veränderungen unterworfen.“

Dieser Argumentation folgend beschloss der Europäische Gerichtshof am 1. März, dass sämtliche Ausnahmeregelungen bzgl. geschlechterspezifisch unterschiedlicher Prämien und Leistungen im Versicherungssektor mit Wirkung vom 21. Dezember 2012 ungültig sind.

Damit werden Unisex-Tarife für Versicherungen verpflichtend und ein weiterer wichtiger Schritt hin zu einer echten Gleichbehandlung von Männern und Frauen wird umgesetzt.

Urteil: <http://curia.europa.eu>

## „Braune Schwestern? Frauen und Rechtsextremismus“

von Tessa Mollenhauer-Koch und Daniela Schacht



Gemeinsam mit den Referentinnen Clara Luhr (AK Antifaschismus, Vorstand Jusos Berlin) und Tessa Mollenhauer-Koch (Arbeitsstab Innerparteiliche Bildung, WBH) fand Anfang März eine Veranstaltung der ASF-Reinickendorf zu den Aktivitäten von Mädchen und Frauen in der rechtsextremistischen Szene statt.

Diese sind prinzipiell nicht zu unterschätzen. So ist rechtes Gedankengut bei

Männern und Frauen über alle sozialen Schichten hinweg gleichermaßen vertreten. Jede 7. Frau könnte sich vorstellen, eine Partei rechts von der CDU zu wählen und bereits jetzt sind ein Drittel der Wählerschaft von rechten Parteien Frauen. Etwa 20 Prozent der ParteifunktionärInnen sind Frauen, ihr Anteil an rechten Straf- und Gewalttaten ist bereits auf zehn Prozent gestiegen.

Frauen werden auf Demos als Ordnerinnen und Rednerinnen oder auch zur Anmietung von Räumlichkeiten eingesetzt, sie öffnen der rechten Szene aber auch ganz neue Tore. Durch ihr ehrenamtliches Engagement gerade in sozial schwachen Gebieten übernehmen sie gezielt viele gesellschaftliche Aufgaben, betreuen Mütter- und Krabbelgruppen, geben Hausaufgabenhilfe. Gerne werden Themen wie Umweltschutz, härtere Bestrafung von Kinderschändern,

Tierschutz und dergleichen angesprochen. Frauen sollen als „Hüterin der Familie und der häuslichen Gemütlichkeit“ fungieren.

Gender Mainstreaming wird dabei als „gigantisches Umerziehungsprojekt“ ebenso vehement abgelehnt wie eine geschlechtergerechte Sprache, die als „Verstümmelung der deutschen Sprache“ wahrgenommen wird.

In der Diskussion wurde deutlich, dass in der Forschung und bei der Gestaltung von Aussteigerprogrammen der Genderansatz deutlich stärker als bislang integriert werden muss. Für Kinder aus „nationalen Familien“ braucht es ganz neue pädagogische Ansätze.

Auffallend ist, dass rechtspopulistische Parteien wie Pro Berlin mit plakativen Themen wie „Keine Zwangsheirat“, „Verbot für Beschneidungen von Frauen“ und „der Ächtung von Ehrenmorden“ gezielt neue, weibliche Zielgruppen erreichen will. Dieser Strategie müssen wir - gerade auch in Wahlkampfzeiten - entschlossen entgegen treten.

Noch ein letzter Hinweis: Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, aber auch die SPD selbst, bietet u.a. Schulungen zu Argumentations- und Gesprächstechniken im Umgang mit rechten AkteurInnen und für den Umgang mit Rechtsextremen an Info- und Wahlkampfständen an.

## 100 Jahre Internationaler Frauentag im Willy-Brandt-Haus

von Judith Huber



Den 100. Geburtstag des Frauentages feierten am 28. Februar 2011 im Willy-Brandt-Haus rund 250 Frauen und Männer. Viele grundlegende Rechte haben sich Frauen in den letzten hundert Jahren hart

erkämpft.

Dennoch sind wir von einer rechtlichen Gleichstellung noch weit entfernt. So forderte die ASF-Bundesvorsitzende Elke Ferner die 40-Prozent-Quote für Aufsichtsräte und Vorstände. Der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel gab bekannt, dass die SPD ein Gesetz plant, das die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern vorschreibt. Zunächst muss-

ten dafür die konkreten Lohnunterschiede in den Unternehmen transparent gemacht werden.

Jutta Limbach, ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, hielt einen Vortrag, den sie mit vielen witzigen Anspielungen auf die noch lange nicht vollendete wirkliche Gleichstellung von Frau und Mann würzte. Sie würdigte die Protagonistin Clara Zetkin und die damaligen Frauen, die unter ungleich schwereren Umständen die heute selbstverständlichen Rechte erst erkämpfen mussten. Sie ging auch auf die immer noch aktuellen Fragen zur tatsächlichen Gleichstellung ein und forderte die Frauen auf, immer wieder dafür einzutreten, wenn das notwendig ist.

Weitere Informationen: [www.spd.de](http://www.spd.de),  
[www.vorwaerts.de](http://www.vorwaerts.de)

## Staatliche Übernahme der Frauenhäuser in Afghanistan ausgesetzt

von Daniela Schacht



Mitte Februar schockierte die afghanische Frauenministerin Hus-san Ghazanfar mit der Verteidigung von Plänen, die derzeit existierenden und von NGOs betriebenen Frauenhäuser ihrem Ministerium direkt zu unterstellen. So sollte Misswirtschaft und Korruption begegnet werden, zudem könne man nicht zulassen, dass irgendjemand im Name eines solchen Hauses tue, "was immer sie

wollen". Ghazanfar machte bei einer Pressekonferenz deutlich, dass die afghanische Regierung sehr gut selbst im Stande sei, die Rechte ihrer Töchter und Frauen zu verteidigen. Vorgegangen war u.a. eine Medienkampagne konservativer Hardliner, die den Frauenhäusern u.a. die Förderung der Prostitution und des Drogenkonsums vorwerfen.

Nach Aussage des Afghan Women's Network, einer Dachorganisation von Frauenrechtsorganisationen und -aktivistInnen, habe es in den letzten neun Jahren immer schon Drohungen gegeben, sowohl von staatlichen Institutionen als auch den informellen gesellschaftlichen Machthabern. Dabei richteten sich diese Drohungen sowohl gegen die Flüchtenden als auch die Institutio-

nen selbst. Für Selay Ghaffar von der Humanitarian Assistance for Women and Children of Afghanistan ist dies nur ein weiterer Versuch, Frauen zu kontrollieren und in ihre Häuser zurück zu drängen, ganz wie zu Zeiten des Taliban-Regimes.

Frauenhäuser existieren derzeit lediglich in knapp der Hälfte der 34 Provinzen Afghanistans, sie sind oft die einzige Zuflucht für Frauen, die vor einer Zwangsheirat fliehen. Die Pläne der Regierung sahen nicht nur eine obligatorische medizinische Untersuchung aller Neuzugänge vor, die geflüchteten Frauen sollten auch dann das Frauenhaus verlassen müssen, wenn die Frauen von ihren Familien „zurückverlangt“ oder verheiratet würden. Da gerade Gewalt in der Ehe oder eine drohende Zwangsheirat häufige Gründe für das Aufsuchen eines Frauenhauses seien, hätten diese Pläne die wichtige Arbeit der Frauenhäuser konterkariert.

Nach massivem Protest u.a. von Human Rights Watch wurde der entsprechende Gesetzesentwurf zurückgezogen und eine gemeinsame Kommission aus Regierung und NGOs gegründet, um u.a. Qualitätsstandards zu überwachen aber auch zusätzliche Frauenhäuser zu etablieren.

Hier heißt es also wachsam zu bleiben und die FrauenrechtlerInnen vor Ort in ihrer couragierten Arbeit zu unterstützen.

### Kulturtipp

#### FRAUENTOUREN

**03.04.2011, 11.00 Uhr**

Engel, Eros, Emanzipation. Führung über den Matthäus-Kirchhof. Claudia v. Gélieu. Kooperation mit den Museen Tempelhof-Schöneberg. Treffpunkt Friedhofseingang Großgörschenstr. Beitrag: frei

[Anmeldung](#)

**10.04.2011, 13.00 Uhr**

Todesgöttinnen und Trauernde. Frauenhistorische Führung über die Friedhöfe am Mehringdamm. Claudia v. Gélieu. Treffpunkt: Friedhofseingang Mehringdamm, Beitrag: 7,50 Euro

Zum [Prospekt von Frauentouren](#)

### JUSO-Kongress: Links 2011

Vom 1.-3. April 2011 findet der diesjährige Juso-Kongress "Links 2011" auf dem Gelände des Virchow-Klinikums in Berlin statt.

Gemeinsam mit VertreterInnen befreundeter Organisationen sollen Denkanstöße aus bisherigen Veranstaltungen aufgegriffen und gemeinsam Ideen für die gerechte Gesellschaft von morgen entwickelt werden.

In der zweiten Arbeitsphase am Samstag steht das Thema "Gleichstellung" im Mittelpunkt. Themen sind u.a.: "Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt", ein feministischer Stadtrundgang, "Stereotype in der Politik" sowie "Feministische Perspektiven in der Einwanderungsgesellschaft". Zum [Programm](#)

## Termine

**04.04.2011, 19.00 Uhr**

„Ich wär` gern einer von uns — Buchvorstellung“ mit Klaus Wowereit, Neuköllner Oper, [Anmeldung](#)

**06.04.2011, 12.00 Uhr**

„Meine Zukunft: Chefin im Handwerk“, BTZ Bildungs- und Technologiezentrum der Handwerkskammer Berlin, Mehringdamm 14, 10961 Berlin, [Anmeldung](#)

**06.04.2011, 19.30 Uhr**

„Ohne Frauen keinen Aufschwung in der City West“, Amerika Haus, Hardenbergstr. 22-24, 10623 Berlin

**08.04.2011, 18.30 Uhr**

Hypatia Themenabend, Frauennetzwerk Erneuerbare Energien und Cleantech e.V., TU-Berlin, PTZ Produktionstechnisches Zentrum, Pascalstr. 8-9, 10587 Berlin, [Anmeldung](#)

**13.04.2011, 18.30 Uhr**

„Pflege: Zukunftsorientierte Ausbildung — attraktives Berufsumfeld“, Pestalozzi-Fröbel-Haus (Aula), Karl-Schrader-Str. 7-8, 10781 Berlin, [Anmeldung](#)

**14.04.2011**

Girls´ Day bundesweit

**17.04.2011, 14.00 Uhr**

Gedenkfeier zum 66. Jahrestag der Befreiung des ehemaligen Jugendkonzentrationslagers für Mädchen und junge Frauen und späteren Vernichtungslagers Uckermark, [Einladung](#)

**27.04.2011, 19.30 Uhr**

Landesvorstand der ASF, Abgeordnetenhaus

**01.05.2011, 09.30 Uhr**

Teilnahme an der 1. Mai Demonstration, Treffpunkt, Kleiststraße Nähe An der Urania



## Impressum:

Herausgeber:  
ASF-Berlin  
Müllerstraße 163  
13353 Berlin

V.i.S.d.P.:  
Dr. Eva Högl

Redaktion:  
Anett Baron, Martina Hartleib,  
Judith Huber, Daniela Schacht

Satz und Layout:  
Martina Hartleib

Internet:  
<http://www.asf-berlin.de>